



Kürzungen der Bundesmittel für Freiwilligendienste im Haushaltsentwurf 2024

Die im Haushaltsentwurf enthaltene Kürzung der Fördermittel in Höhe von 78 Millionen Euro im Jahr 2024 für die Freiwilligendienste würde bedeuten, dass **2024 fast jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten (FSJ und BFD) wegfallen würde:**

Für 2025 wurde darüber hinaus eine weitere Kürzung von 35 Millionen in Aussicht gestellt.

Damit wäre die Durchführung der Freiwilligendienste, wie wir sie bisher kannten, in Zukunft nicht mehr möglich. Würden diese Kürzungen so umgesetzt, fielen schon 2024 landesweit in Sachsen-Anhalt fast 1.000 Plätze weg. Bundesweit sind es sogar bis zu 25.000 Plätze.

Das bedeutet:

- Fast 1.000 Menschen in Sachsen-Anhalt würde die Möglichkeit auf ein wichtiges Orientierungs- und Bildungsjahr verwehrt. **Insbesondere Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung verlieren dadurch die Chance auf Teilhabemöglichkeiten in Freiwilligendiensten, Einblicke in deutsche Arbeitsstrukturen und Erwerb von Kompetenzen, insbesondere von Deutschkenntnissen durch den praktischen Gebrauch im Kontakt in einem deutschsprachigen Team.**
- Fast 1.000 Menschen weniger erwerben in Sachsen-Anhalt durch einen Freiwilligendienst Verständnis und Wertschätzung für die gesellschaftliche Bedeutung sozialer, kultureller und ökologischer Arbeit – für die Bedeutung von Gemeinnutzen und Engagement!
- Viele Einsatzstellen in Sachsen-Anhalt, die als Orte des Engagements für die Integration von Menschen mit Migrationserfahrung etabliert sind, würden geschwächt werden oder fielen sogar gänzlich weg. Geflüchtete Menschen, die sich hier ein neues Leben aufbauen und viele Herausforderungen im Ankommens- und längerem Integrationsprozess zu bewältigen haben, verlieren an entscheidender Aufmerksamkeit und Zuwendung von Freiwilligendienstleistenden. Das Fachpersonal in den Einrichtungen verliert Unterstützung bei Tätigkeiten, die keine fachliche Qualifikation aber Zeit erfordern! Zusätzliche Angebote in den Einrichtungen, die erst durch Freiwillige möglich sind, werden stark reduziert oder fallen weg, z.B. die zusätzliche Unterstützung von Kindern mit Sprachbarrieren bei Herausforderungen im Kindergarten- oder Schulalltag, die Hilfe bei digitalen Herausforderungen für Senior:innen, die Hilfe bei Erlebnis- und Umweltbildungsangeboten für Kinder mit Beeinträchtigungen oder Benachteiligungen, die Sprachbegleitung für geflüchtete Menschen zu Arzt- oder Behördenterminen, die Willkommens- und



Begegnungsangebote, Kultur- und Freizeitangebote für Geflüchtete, Jugendliche, ältere und einsame Menschen, die Antisemitismusbekämpfung durch Recherche zu jüdischen Lebensgeschichten vor Ort, sowie viele weitere spezialisierte und individuelle auf die vielfältigen Herausforderungen unserer Gesellschaft spezialisierte Angebote.

- Für Einsatzstellen und Träger droht eine Kürzung von Personal für die Begleitung von Freiwilligen. Weniger pädagogisches Personal ist gleichbedeutend mit weniger individueller Begleitung der Freiwilligen, weniger Unterstützung in persönlichen Krisensituationen und Orientierungsfragen. Insbesondere für die erfolgreiche Einbindung von Menschen mit Fluchterfahrung und Sprachbarrieren in die Freiwilligendienste bedeutet das weniger individuelle Begleitung, weniger Sprachförderung, weniger Bearbeitung belastender Erfahrungen, weniger Unterstützung bei der Orientierung in neuen Strukturen und weniger Empowerment im Umgang mit Benachteiligungserfahrungen
- Die gesellschaftlich gewollte Inklusion von Menschen mit Unterstützungsbedarfen, Beeinträchtigungen und jungen Menschen, die sich aufgrund ihrer sozialen Lage und ihrer familiären Situation keinen Freiwilligendienst leisten können, wird durch die Kürzungen fast unmöglich.
- Die Mittelkürzungen sind völlig unverständlich vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht und auch angesichts der Diskussionen um einen sozialen Pflichtdienst. Denn Freiwilligendienste leisten durch Demokratiebildung und gelebte Inklusion einen unschätzbaren Beitrag gegen extremistische Einstellungen und Ausgrenzung.

Die Mittelkürzung sehen wir als falsches Signal an eine gesellschaftliche Gruppe, die bereit ist sich zu engagieren! Wie groß diese Gruppe ist, zeigt u.a. der Erfolg der Petition *#freiwilligendienststärken*. Knapp 100.000 Menschen haben sich hier für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Freiwilligendiensten ausgesprochen.

Die Mittelkürzungen bedrohen die Freiwilligendienste in ihrem Kern. Damit riskiert die Bundesregierung ein erfolgreiches und jahrzehntelang bewährtes Format für Orientierung, Bildung und gesellschaftliches Engagement für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft kaputt zu sparen! Inflationsbedingt sind schon gleichbleibende Mittel eine immense Herausforderung (z.B. deutlich steigende Kosten für Personal und Seminarhäuser).



Wir bitten die Mitglieder des Bundestages sich dafür einzusetzen, dass auch zukünftig engagierte Menschen einen Freiwilligendienst machen können. Das Budget der Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, Internationale FWD und BFD) muss sowohl im Haushalt 2024 als auch in den Eckwerten für den Haushalt 2025 mindestens auf dem Stand der Vorjahre verankert werden.

